

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 25-26

Artikel: Von der verpassten Chance zur neuen Chance
Autor: Smith, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093383>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von der verpassten Chance zur neuen Chance

Die KwaZulu/Natal-Gespräche, die sogenannte Indaba, waren ein fruchtbares Element bei der Entwicklung einer neuen Verfassung für Südafrika. Und dies – Ironie des Schicksals – nicht etwa deshalb, weil die Indaba-Empfehlungen, als sie vor fünf Jahren verabschiedet worden waren, verwirklicht worden wären, sondern im Gegenteil, weil sie erst heute Gehör finden.

In zweijährigen Beratungen hatten die Indaba-Gespräche eine ausgereifte Verfassungsvorlage für die Region KwaZulu/Natal ergeben. Sie kam jedoch für das damalige politische Klima zu früh: die regierende National Party (NP) tat das Ergebnis als Machtstreben der schwarzen Mehrheit ab, während die politische Linke diejenigen Punkte ins Lächerliche zog, die den Ängsten der Minderheiten in demokratischem Rahmen Rechnung tragen sollten.

Tendenz Richtung Mitte

In den fünf Jahren, die seit dem Abschluss der Beratungen 1986 vergangen sind, hat sich vieles geändert. Die wahrscheinlich wichtigste Komponente der Realpolitik im heutigen Südafrika ist das Abrücken der politischen Linken und Rechten von ihren bis dahin starr ideologisch-orthodoxen

Denkschienen. Diese Flexibilisierung zeigt sich einerseits im Abrücken der NP von der Apartheid und dem Alleinregierungsanspruch der weissen Minderheit, andererseits in der allmählichen Bereitschaft des African National Congress (ANC), freiheitliche und demokratische Regierungsformen anzuerkennen. Die Folge davon ist ein deutliches beiderseitiges Näherrücken in Richtung Mitte, von der aus, das muss hier hervorgehoben werden, die Indaba-Gespräche von allem Anfang an ausgegangen waren.

Es wäre ungerecht, diese positive Entwicklung allein der Indaba zuzuschreiben, weil es andere, sogar noch wichtigere, Faktoren gab, die den Prozess vorantrieben. Da sind in erster Linie Glasnost und Perestroika zu nennen, die einhergingen mit dem Zerfall der Sowjetunion, dem Abschied vom kalten Krieg und der damit verbundenen Eindämmung von Regionalkonflikten. Zudem hatte damit auch der Kommunismus als Ideologie und Politik seinen Reiz eingebüsst.

Für alle nur Vorteile

Diese Faktoren hatten einen grundlegenden Einfluss einerseits auf die Linke in Südafrika, andererseits auch auf die Einschätzung der Regierung hinsichtlich des politi-

schen Schicksals dieser Linken. Sie dienten zudem auch als kritischer Spiegel für den Änderungsprozess auf politischer und verfassungsmässiger Ebene.

Gemessen an diesen impulsgebenden Faktoren müssen die Indaba-Gespräche als das Gesehene werden, was die waren: ein mutiger Versuch, die tiefen Gräben und das politische Patt zu überwinden, die das Land spalteten. In einem Land, in dem offene Gewalt und bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten, in dem immer wieder das Notrecht angewandt wurde, sollten damals die Gespräche deutlich machen, dass eine Lösung der politischen Krise noch immer durch Verhandlungen möglich war. Die Indaba sollte auch zeigen, dass es noch immer möglich war, Kompromisse zu schliessen, und vor allem, dass alle Seiten von solchen Gesprächen nur Vorteile erlangen würden.

Klima hat sich geändert

Es ist deshalb nicht so wichtig, dass die Empfehlungen der Indaba-Runde zum Thema Verfassung weder von den Linken noch von den Rechten schon vor fünf Jahren angenommen worden sind. Um es klar zu sagen: viele Lösungsvorschläge von damals sind heute praktikabel, und vieles wird Teil der Realität von morgen sein. Bedauerlicherweise war damals weder die politische Rechte noch die Linke reif für die Umsetzung der Lösungsvorschläge. Die Indaba war ihrer Zeit voraus, oder man kann auch sagen, ihre Zeit ist erst heute gekommen.

Die wichtige Lehre, nämlich dass man geben und nehmen muss, dringt heute allmählich durch. Manches mag anders klingen, zumal wenn es die parteipolitische Rhetorik eigenwillig intoniert, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass das Südafrika von 1991 nicht mehr das Südafrika von 1986 ist. Im heutigen Südafrika treffen die wegweisenden Ideen der Indaba auf ungleich grössere Resonanz als je zuvor.

Konsens wurde angestrebt

Auf welche Weise hat die Indaba die Debatte über die künftige Verfassung Süd-



Mitglieder der Inkatha an ihrer jährlichen Konferenz in Ulundi (Bild: Inkatha, Ulundi)

afrikas vorgespurt? Ist wirklich noch etwas zu retten von dem, was das Verfassungsmodell anstrebte? Wo überschneiden sich die damaligen Empfehlungen der Indaba mit dem, was heute die Parteien empfehlen? Die Antworten auf diese Fragen sind wichtig, weil sie den Stellenwert der Indaba bestimmen.

Vielleicht ist ja der Schlüssel zur Beurteilung der wahren Bedeutung von Indaba weniger im Inhalt der Gespräche als vielmehr im Beratungsprozess selbst zu sehen. Die 35 Teilnahme-Organisationen haben ja schon per se ein breites Spektrum an ideologischen und politischen Ausrichtungen umfasst. Trotzdem ist in diesem Rahmen eine weitgehende Übereinstimmung möglich gewesen. Weshalb? Weil der Grundtenor der Gespräche durchwegs auf Konsens abzielte anstatt auf die Dominanz durch eine einzige Partei.

Abrücken vom Zentralismus

Das mag die Verhandlungsparteien von heute dazu anhalten, in ihren Erwartungen realistisch zu bleiben. Wer auf Konsens aus ist, muss Sensibilität aufbringen für die Konzepte und Befürchtungen seines politischen Gegenübers, er muss kompromissbereit sein. Ohne diese Bereitschaft werden Unnachgiebigkeit, Sturheit und andere Negativhaltungen die Oberhand gewinnen und die Verhandlungen zum Scheitern bringen.

Ein zweites Schlüsselthema, das heute ebenso aktuell ist wie damals, ist das Konzept einer freiheitlich-demokratischen Regierung, die Diener an ihrem Volk und nicht umgekehrt sein soll. Oft wird die Bedeutung der Unterschrift der Inkatha unter das Ergebnis der Indaba-Gespräche übersehen. Inkatha hat nämlich damit ein Regierungsmodell unterstützt, das eine Antithese darstellt zu der antiliberalen, zentralistischen Form, die den ANC und die NP kennzeichneten.

Berücksichtigung aller Gruppen

Inkatha als die treibende Kraft hinter dem freiheitlich-demokratischen Konzept hat «ja» gesagt zu der verfassungsmässig verankerten Gewaltenteilung und zur Schwächung der Legislative und Exekutive, also zu sich

selbst. Und dies auf dem Wege einer justiziablen «Bill of Rights» und in einer Form, wie dies nur eine liberale demokratische Partei tut. Die NP und der ANC haben dagegen dieses Konzept der «Bill of Rights» als Ganzes verworfen – die NP, weil sie das Prinzip der Rassengleichheit nicht mittragen mochte, der ANC, weil ihm der darin enthaltene «bürgerliche Liberalismus» missfiel. Heute rufen alle Parteien nach einer «Bill of Rights». Und alle stimmen dem Prinzip der Gewaltenteilung zu.

Ein drittes Schlüsselthema ist die Anerkennung der Tatsache, dass es trotz der Einigkeit über die liberalen Grundsätze einer künftigen Verfassung notwendig ist, über das vereinfachende Modell einer klassischen freien Demokratie hinauszugehen, wenn die destruktiven Einflüsse, die von der vielfältig gespaltenen Gesellschaft in unserem Lande ausgehen, gemildert oder mindestens aufgefangen werden sollen. Das erklärt die gemeinschaftlich konzipierten Aspekte, die sich in unserem Verfassungsentwurf an einzelnen Stellen finden, und daher kommt auch der Vorschlag einer zweiten Kammer.

Integration statt Isolation

Niemand erwartet, dass das Indaba-Modell als Ganzes übernommen werden soll. Fairerweise ist zu sagen, dass selbst die Indaba-Teilnehmer ihr Modell nur als einen vorläufigen Entwurf betrachtet hatten, eine Art Planspiel zum Aufbau einer Nation. Trotzdem gibt die gegenwärtige Debatte im Nachhinein den an der Indaba Beteiligten recht, wenn sie darauf beharren, dass die Gefahr einer «ausschliessenden» Politik abgewen-

det und statt ihrer im neuen Südafrika eine integrierende Politik verfolgt werden soll. Einige der Indaba-Ideen sind tatsächlich teils übernommen worden, so beispielsweise das Proporzprinzip beim Wahlsystem. Auch die Form der Wahlkreise, die die Indaba vorgesehen hatte, dürfte immer mehr Befürworter finden. Im übrigen aber zeigte sich das Indaba-Modell hochgradig sensibel bei dem Bemühen, die Regionen zu stärken und gleichzeitig eine Dominanz von Minderheiten zu vermeiden.

Sie sind dabei von einer starken regionalen und einer schwachen Zentralregierung ausgegangen. Die NP und der ANC haben sich lange gegen ein solches verfassungsmässig verankertes Machtssystem gewehrt, weil ihre kommando-orientierte Tradition eine allmächtige Zentralregierung bevorzugte. Auch hier gehen die Tendenzen des heutigen Südafrika in Richtung einer Dezentralisierung der Macht; die Diskussion konzentriert sich heute nur noch auf die Frage, in welchem Grad dies geschehen soll.

Diese drei Schlüsselthemen der heutigen Verhandlungen – das Streben nach Konsens, die freiheitliche Demokratie und das Vermeiden der Vorherrschaft einer Seite – waren schon vor fünf Jahren in KwaZulu/Natal Gegenstand der Verhandlungen in den Indaba-Gesprächen. Im Grunde genommen ist es heute aber nicht mehr wichtig, ob die politischen Parteien damals für die für damalige Verhältnisse fast revolutionären Ideen reif waren, denn ihre soliden, vernünftigen und gar versöhnlichen Inhalte haben sich schliesslich für die Erarbeitung einer künftigen Verfassung doch noch als richtungweisend erwiesen. ■

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

Werner Draguhn (Hrsg.)

Asiens Schwellenländer: Dritte Weltwirtschaftsregion?

Wirtschaftsentwicklung und Politik der "Vier kleinen Tiger"
sowie Thailands, Malaysias und Indonesiens

Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nr. 195
Hamburg 1991, 171 S., DM 28,-

Im Schatten Japans sind in den letzten drei Jahrzehnten, bedingt durch anhaltendes wirtschaftliches Hochwachstum und einen ungebrochenen Strukturwandel und angetrieben von einer historisch bisher einzigartigen Dynamik, eine ganze Reihe von Ländern zu erfolgreichen "NIEs" und aufstrebenden Entwicklungsländern herangewachsen. Sie sind gekennzeichnet durch ein aus dem Erfolg geborenes Selbstbewußtsein, nicht durch "sklavische Nachahmung", sondern teilweise eigene Antworten auf politisch-wirtschaftliche Herausforderungen, durch spätestens seit Mitte der 80er Jahre einsetzende eindeutige Integrationstendenzen zu einer neuen Weltwirtschaftsregion mit eigenständigen Konturen, durch eine politische Kultur, die nationales Wirtschaften und eine starke weltwirtschaftliche Position der eigenen Volkswirtschaft als höchste "nationale Mission" empfindet, begleitet von einem starken Demokratisierungstrend und einem wachsenden Druck zur gleichmäßigeren Einkommensverteilung, verbunden mit einer beschleunigten Verlagerung von arbeitsintensiven Produktionsstätten nach Südostasien und damit indirekt zu verstärkten Integrationserscheinungen der Gesamtregion. Daß diese wirtschaftlichen Erfolgsfälle ausnahmslos in sogenannten konfuzianischen bzw. post- oder metakonfuzianischen Gesellschaften zu finden sind, ist sicher nicht mit bloßer Zufälligkeit erklärbar. Jedoch zwingt eine eingehende Betrachtung zu einer deutlichen Relativierung des "konfuzianischen Erklärungsmusters".

Im vorliegenden Sammelband werden zunächst diese Grundthesen zur Entwicklung in Ost- und Südostasien herausgearbeitet. Dann folgen Einzelbeiträge, die die Besonderheiten der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien und politischen Implikationen bei den "Vier kleinen Tigern" (Singapur, Südkorea, Taiwan, Hongkong) sowie den aufstrebenden Entwicklungsländern Thailand, Malaysia und Indonesien herausarbeiten.

Zu beziehen durch:

Institut für Asienkunde
Rothenbaumchaussee 32
W-2000 Hamburg 13
Tel.: (040) 44 30 01-03
Fax: (040) 410 79 45